

Abrüstung beginnen und dann weitersehen sollte. Seine Äußerung am Vorabend der Abreise nach Washington zeigte nun jedoch einen Wandel an.

Berichte aus Neu-Delhi lassen erkennen, daß dieser Wandel in Nehrus Ansichten durch die Ereignisse in Ungarn verursacht worden ist. Nehru hat offenbar eingesehen, daß die sowjetische Herrschaft in Osteuropa — deren Gewalttätigkeit ihm bis dahin nicht in vollem Maße geläufig war — eine Gefahr für den Weltfrieden ist. Sein Hinweis auf die besondere Wichtigkeit des „im Herzen Europas gelegenen Deutschland“ läßt sogar vermuten, daß er jetzt die vom amerikanischen Außenminister Dulles geäußerte Meinung teilt, ein „ungarischer“ Aufstand in Mitteldeutschland könne zu einem dritten Weltkrieg führen.

Nehru bestätigte seinen Meinungswandel gegen Ende seines Besuches in Amerika vor dem Weltparlament der Uno. „Die Anwesenheit fremder Truppen auf dem Gebiet fremder Länder“, sagte er dort, „ist weder normal noch wünschenswert.“

Diese Erklärung — gesehen vor dem Hintergrund der Tatsache, daß Nehru bis vor kurzem der Anwesenheit sowjetischer Truppen in Mittel- und Osteuropa (und amerikanischer Truppen in Westeuropa) kaum Bedeutung beigemessen und das Hauptgewicht seiner Weltfriedenspolitik auf die Forderung nach Weltabrüstung gelegt hatte — beschreibt die Veränderung der moralischen Druckverhältnisse in der Welt. Nehru hat nunmehr die sowjetische Besetzung Ost- und Mitteleuropas als eine der Ursachen des Kalten Krieges anerkannt.

Adenauer hingegen betrachtet die Nato nicht mehr als Selbstzweck. Auf der Basis dieser Einsicht kamen sich Nehru und Bundeskanzler Adenauer auf dem Düsseldorfer Flugplatz näher. Der Bundeskanzler sprach — als die Teestunde beendet war — von einer „Übereinstimmung der Ansichten“. Nehru nickte dazu mit dem Kopf. Freilich war keine Zeit, in der sehr viel wichtigeren Frage Übereinstimmung zu suchen, wie die Sowjets mit diplomatischen Mitteln dazu gebracht werden könnten, die von ihnen besetzten Länder zu räumen.

FRANKREICH

ZITATE

„Wer sagt uns, ob sich nicht hinter dem Deckmantel sittlicher Entrüstung der deutschen Presseangriffe gegen die anglo-französische Nahostpolitik eine ohnmächtige Wut über das Versagen der deutschen Militärinstruktoren in Ägypten verbirgt?“ (Der französische Publizist Merry Bromberger.)

„Frankreich darf sich nicht wie ein betrogener Ehemann benehmen.“ (Der französische Außenminister Christian Pineau über die französisch-amerikanischen Beziehungen.)

EURATOM

A-Bomben muß man haben

Der Fehlschlag des Suez-Unternehmens wird zum Entstehen einer vierten militärischen Atommacht führen“, schrieb kürzlich der europäische Chefkorrespondent der „New York Times“, Sulzberger. Zugleich sagte er voraus, daß die Sechsstaaen-Gemeinschaft „Euratom“ — die geplante Atom-Gemeinschaft Deutschlands, Frankreichs, Italiens und der Benelux-Länder — an dem Wunschtraum Frankreichs, eine Weltmacht zu bleiben, schei-

tern werde. „Frankreich erkennt“, schrieb der Amerikaner, „daß es eine Atommacht werden — oder alle weltpolitischen Ansprüche aufgeben muß.“

Nun ist freilich keineswegs sicher, daß Frankreich jemals seine A-Bomben-Träume in die Tat umsetzen kann und wird. Doch schon der französische Plan, Atombomben zu bauen, gefährdet „Euratom“ und damit das Kernstück aller jener vielen Europa-Projekte, mit deren Hilfe das Abendland vor dem Untergang gerettet werden soll.

Denn: Die beiden wichtigsten Länder der geplanten Atom-Gemeinschaft sind die Bundesrepublik und Frankreich. Die Bundesrepublik aber hat sich verpflichtet, niemals A-Waffen zu bauen. Zwangsläufig würde diese Verpflichtung der Deutschen — sofern die Atom-Gemeinschaft Wirklichkeit werden würde — auf die anderen beteiligten Länder, mithin auch auf Frankreich, ausgedehnt werden. Solange also



Verteidigungsminister Bourgès-Maunoury
Frankreich ist mehr als Europa

Frankreich mit der Hoffnung spielt, jemals eine A-Bombe zu bauen, kann es sich einer europäischen Atom-Gemeinschaft nicht anschließen.

Der Plan, französische A-Bomben zu bauen, entsprang einem vorläufig wohl noch kleinen Kreis französischer Politiker und Generale, zu dem auch der von Sulzberger zitierte General Charles Ailleret gehört.

Der 49jährige General ist Chef der „Armes Spéciales“ („Sonderwaffen“), einer Militärbehörde, die sich mit der Entwicklung von Raketenwaffen, Sprengmitteln, militärischen Feuerwerkskörpern aller Art und chemischen Kampfmitteln befaßt. Der General vertraute dem amerikanischen Publizisten einen Plan an, der angeblich bereits vom französischen Generalstab grundsätzlich gebilligt worden ist.

In den Jahren 1957 bis 1964 sollen — nach dem Projekt Aillerets — in Frankreich wenigstens 70 A-Bomben hergestellt werden, und zwar in einem progressiven

Rhythmus. Die erste A-Bombe soll 1958 gebaut werden, 1959 sollen es zwei sein, im Jahre 1960 bereits sechs. 1963 sollen dann 42 und im darauffolgenden Jahr 20 Bomben hergestellt werden.

Zu diesem Zweck empfahl der General der Sonderwaffen dem Generalstab die „beschleunigte Entwicklung einer atomaren Technologie“. Er forderte ferner, daß der Landesverteidigung bei der Belieferung mit Plutonium und Uranium 235 Vorrang gegenüber zivilen Industrien eingeräumt werde.

Die Atom-Reaktoren für die Kernwaffen-Herstellung sollen leicht montierbar und transportabel sein, damit sie überall schnell auf- und abgebaut und im Gefahrenfalle nach Französisch-Afrika verlagert werden können.

Der französische General meint, so schrieb Sulzberger, daß Frankreich nicht die geringste politische „Aktionsfreiheit“ habe, solange es „einer eigenen Atomwaffe ermangelt“. Diese Ansicht französischer Generale unterstützt der Amerikaner mit der Bemerkung: „Nur der Besitz von Kernwaffen befähigt eine Armee zu verhindern, daß sie aus nichts als einer kostspieligen Fassade besteht, die bei der geringsten atomaren Erpressung — wie im Falle von Suez durch die Sowjets — kapitulieren muß.“

Als im Sommer 1956 die französische Nationalversammlung über das Euratom-Projekt debattierte, hatten bereits mehrere einflußreiche französische Parlamentarier und Generale kritisiert, daß die Atompläne der französischen Industrie die Herstellung von Bomben nicht vorsehen. Diese Planung versperre Frankreich die Möglichkeit, eine Atommacht zu werden.

Eine Gruppe der Kritiker, zu der zum Beispiel der Marschall von Frankreich, Alphonse Juin, und der Verteidigungsminister Maurice Bourgès-Maunoury gehören, griff die Beschränkung Euratoms auf die zivile Nutzung der europäischen Atomenergie an und forderte, daß Euratom entweder auch eine Kernwaffenproduktion aufbauen oder gestatten solle, daß Frankreich — obgleich Mitglied von „Euratom“ — auf eigene Kosten und zu eigenem Nutzen A-Bomben herstellt.

Eine zweite Gruppe von Kritikern — zu ihr gehört der ehemalige Ministerpräsident Mendès-France — bestand von vornherein darauf, daß nur eine nationale französische Kernwaffenindustrie aufgebaut werde, damit die französische Armee ohne fremde Einwirkungsmöglichkeiten mit Kernwaffen ausgerüstet werden kann. Von dieser Gruppe wird also das Euratom-Projekt überhaupt abgelehnt.

Der Widerstand im Parlament gegen den vom Regierungschef Mollet und seinem Außenminister Pineau schon öffentlich erklärten Verzicht auf Kernwaffenproduktion wurde noch während der Euratom-Debatte so stark, daß der Ministerpräsident schließlich nachgab und seinen Verteidigungsminister vor der Nationalversammlung erklären ließ, daß Frankreich sich im Euratomvertrag das Recht auf eine eigene nationale Kernwaffenproduktion vorbehalten werde. Ob es eine eigene nationale Kernwaffenproduktion aufbauen wolle oder nicht, werde es binnen drei Jahren entscheiden.

Inzwischen, so teilte Sulzberger jetzt mit, hat der französische Generalstab einen „präzisen Kalkül darüber angestellt, was für eine solche Produktion notwendig ist und was Frankreichs Wirtschaft dafür aufbringen kann“. Wenn dieses Projekt von Regierung und Parlament gutgeheißen wird, so stellte der Amerikaner abschließend fest, dann wird Euratom noch vor seinem Entstehen ausgehöhlt sein.